

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/IXIII/125

Bonn, den 8. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Gemeinschaftsschulen in Bayern</u>	38
	Ergebnis eines guten Kompromisses zwischen Parteien und Kirchen	
2 - 3	<u>Bremen bestand schwere Belastungsprobe</u>	71
	Der Tätigkeitsbericht des Senats	
4	<u>Diadochenkämpfe in Spanien</u>	41
	Die "französische Krankheit" ist ausgebrochen	
	Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	
5	<u>Die USA in Mittel- und Lateinamerika</u>	37
	Washington rechnet mit neuen Entwicklungen	

Gemeinschaftsschulen in Bayern

Ergebnis eines guten Kompromisses zwischen Parteien und Kirchen

sp - 76 Prozent der Bürger Bayerns, die sich vergangenen Sonntag am Volksentscheid zur Änderung des Schulartikels in der Bayerischen Verfassung beteiligten, sprachen sich für die Schaffung einer gemeinsamen Volksschule für alle Kinder aus. Die Wahlbeteiligung betrug zwar nur 46 Prozent der Wahlberechtigten. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Volksentscheid am vergangenen Sonntag in grundlegenden eine Formalität war, weil sich die Parteien - mit Ausnahme der NPD - und die Kirchen auf einen Kompromiß geeinigt hatten und die Abstimmungsberechtigten infolgedessen nicht zu einer Alternativentscheidung aufgerufen waren. Man darf daher wohl von der Voraussetzung ausgehen, daß zahlreiche Nichtwähler mit der zur Entscheidung stehenden Lösung einverstanden waren.

Das Ergebnis des Volksentscheides beendet einen gerade in Bayern schon seit Jahrzehnten geführten Kampf um die Frage, ob die Konfessionsschule und die konfessionelle Lehrerbildung für immer die Regel bleiben müsse. Durchgesetzt hat sich schließlich nach zahlreichen Vorstößen der SPD und der FDP die vernünftige Einsicht, daß engebegrenztes konfessionelles Denken überholt ist. Selbstverständlich werden bei der durch den Volksentscheid nunmehr zu erwartenden neuen Regelung des bayerischen Schulwesens die Elternrechte respektiert.

- * Das neue Volksschulgesetz bietet Garantie für die Einrichtung
- * von Bekenntnisklassen, für die freie Verwendbarkeit der
- * Lehrer und für die Achtung von religiösen Empfindungen der-
- * jenigen Schüler, die keinem christlichen Bekenntnis angehören.
- * Bei Zuweisung von Kindern in eine Bekenntnisschule müssen
- * die Eltern ausdrücklich zustimmen. Ferner wird die allge-
- * meine Lehrerausbildung garantiert, und es wird festgelegt,
- * daß nur solche Schulbücher zugelassen werden, die in allen
- * Klassen verwendet werden können.

Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß sich die Vernunft durchgesetzt hat. Mit dem Ergebnis des Volksentscheides wird aus der bayerischen Politik - so ist zu hoffen - ein Element der Zwietracht ausgeschaltet, das in den vergangenen Jahren oft genug die Gemüter erhitzte. Allen, die an dem Zustandekommen der Kompromißlösung beteiligt waren, gebührt hierfür der Dank. Sie haben sich über zahlreiche Vorbehalte hinweggesetzt und damit den kommenden Generationen einen großen Dienst erwiesen.

+ . +

Bremen bestand schwere Belastungsprobe

Der Tätigkeitsbericht des Senats

sp - Bremen hat 1967 staatlich, wirtschaftlich und finanziell eine seiner schwersten Belastungsproben nach 1945 bestanden. Durch den allgemeinen Konjunkturrückgang in der Bundesrepublik und seine Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche ergaben sich auch für das kleinste Bundesland ungewöhnliche Schwierigkeiten. Sie konnten durch zusätzliche Anstrengungen weitgehend gemeistert werden. Am Jahresende überwogen die Fortschritte die Rückschläge.

Jüngster Regierungschef und erste Frau als stellvertretender Ministerpräsident

Die wichtigste Entscheidung für die nächsten Jahre fiel am 1. Oktober mit der Neuwahl des bremischen Landesparlaments. Ihr Ergebnis war die Fortsetzung der Regierungskoalition von SPD und FDP unter neuer Leitung. Mit Hans K o s c h n i c k hat Bremen jetzt den an Lebensjahren jüngsten Regierungschef aller Bundesländer, und mit Frau Annemarie M e v i s s e n den einzigen weiblichen stellvertretenden Ministerpräsidenten. Das Regierungsprogramm für 1967 bis 1971 sieht das vornehmste Ziel jeglicher Politik in der Sicherung bremischer Freiheit und Unabhängigkeit, insbesondere durch eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Als Basis dafür will der Senat im Interesse des Gemeinwohls vor allem die Konkurrenzfähigkeit Bremens auf allen Gebieten verstärken. Um die Zukunftsaufgaben bewältigen zu können, sollen die wirtschaftlichen Maßnahmen von großen Bildungsinvestitionen begleitet werden. Ebenso bekennt der Senat sich zu der Gestaltung einer gesellschaftlichen Ordnung, die Schwachen und Schutzbedürftigen ein Höchstmaß solidarischer Hilfe zuteil werden läßt.

Bremen führend im Containerverkehr

Diese Zielsetzungen sind weitgehend von der bremischen Entwicklung im Jahre 1967 bestimmt. Die veränderte Wirtschaftssituation wirkte sich besonders im bremischen Hafengeschehen aus. Trotzdem gelang im Stückgutumschlag ein neues bremisches Spitzenergebnis, wozu vor allen der Neustädter Hafen beigetragen hat. Außerdem konnte Bremen seine führende Stellung im Containerverkehr behaupten. Kein Erfolg beschieden war dagegen Bremens Vorschlag an Hamburg, in Bremerhaven gemeinsam einen Container-Großterminal zu errichten und zu bewirtschaften, um mit vereinter Kraft der schar-

fen Konkurrenz der Westhäfen zu begegnen. Noch 1967 begann Bremen in Bremerhaven mit dem Bau eines Containerhafens.

Kritisches Ansteigen der Arbeitslosigkeit wurde verhindert

Der Tribut, den die bremische Wirtschaft 1967 der bundesdeutschen Konjunkturlaute zollen mußte, bestand in der niedrigsten Wachstumsrate der Nachkriegszeit. Das reale Bruttosozialprodukt nahm gegenüber 1966 nur um 0,2 Prozent zu, doch war dieses Ergebnis günstiger als das bundesdeutsche mit einem Minus von 0,5 Prozent. Die verstärkten Bemühungen um die Ansiedlung neuer Industrien zeitigten als wichtigsten Erfolg, daß die schwedische Weltfirma Atlas Copco in Bremen ein Zweigwerk errichten will. Durch Maßnahmen des Bundes und des Landes, insbesondere zur Konjunkturbelebung, zur Sicherung und zur Vermehrung der Arbeitsplätze konnte in Bremen und Bremerhaven ein kritisches Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Zahlreiche Probleme noch zu lösen

Auch auf den übrigen Gebieten des staatlichen und kommunalen Lebens wechselten Licht und Schatten mehr als in früheren Jahren. 1967 brachte Bremen und Bremerhaven einen verlangsamten Zuwachs an Einwohnern und Kraftfahrzeugen. Das Verkehrsnetz wurde erneut erheblich ausgebaut. Im Schulwesen waren die Anstrengungen weiterhin darauf konzentriert, mehr und bessere Bildungseinrichtungen für jedermann zu schaffen. Dabei mußten erhebliche Schwierigkeiten, z.B. die Auswirkungen der Kurzschuljahre und die als Folge der wirtschaftlichen Rezession angespannte bremische Finanzsituation, überwunden werden. Die Errichtung der Universität Bremen ist 1967 nicht entscheidend vorangekommen, weil mit Bund und Ländern noch kein Abkommen über ihre Beteiligung an den laufenden Kosten der Universität erzielt werden konnte.

Im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe löste die wirtschaftliche Entwicklung eine erhebliche Zunahme der Sozialhilfeempfänger und einen rapiden Anstieg der einmaligen Hilfen des Sozialamtes aus. Wegen der allgemeinen Entwicklung waren 1967 auch die übrigen Hilfen und Förderungsmaßnahmen für weite Bevölkerungskreise besonders begehrt und willkommen. Der bedeutendste Fortschritt im Gesundheitswesen wurde mit der Übergabe des Zentralkrankenhauses "Links der Weser" erreicht. Die bremische Finanzwirtschaft stand noch mehr als 1966 unter dem Zwang, Prioritäten zu setzen, weil durch die wirtschaftliche Entwicklung der erhoffte Steuerzuwachs nicht erreicht wurde.

+ + +

Diadochenkämpfe in Spanien

Die "französische Krankheit" ist ausgebrochen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Wenige Wochen nach jenen Ereignissen, die Frankreich erschütterten und fast den Sturz von Charles de Gaulle herbeiführten, lebten in Spanien die Diadochenkämpfe zwischen den einzelnen Gruppen des spanischen Regimes mit einer Heftigkeit auf, die nur in Zusammenhang mit der verhinderten "französischen Revolution" zu erklären ist.

Als der Thronbewerber Don Juan im spanischen Nachrichtenmagazin "Mundo" erklärte, sein Sohn Juan-Carlos sei nur der Verbindungsmann der Krone zum "gegenwärtigen spanischen Regime, nicht aber ein Thronbewerber" verboten die Behörden die in ganz Spanien jährlich am 19. Juni stattfindenden Treuekundgebungen der Monarchisten.

Die Frage nach dem Rücktritt des Staatschefs Franco hatte schon am 30. Mai Prof. Rafael Calvo-Serer in einem Leitartikel "Rechtzeitig abtreten, ein Nein für de Gaulle" angeschnitten - die Quittung: die Zeitung "Madrid", ein Sprachrohr des Katholischen Laienordens "Opus Dei", in der dieser Angriff auf ein bisher absolutes Tabu erschienen war, wurde für zwei Monate verboten und mit einer beträchtlichen Geldstrafe belegt. Seither schießt die "Falange" aus allen Rohren gegen "Opus Dei", dessen Gründer F.M. Escrivá de Balaguer sich schon einmal beim Madrider Regime gegen gehässige Angriffe der Falange-Presse auf den Orden beschwert hatte. Damals wurden den "Opus"-Leuten unterstellt, als "weiße Freimaurer" umstürzlerische Absichten zu hegen.

Die Falange-Wochenzeitung "El Español" griff jetzt "Opus Dei" heftig an, warf ihr Gewalttätigkeit und faule Tricks sowie ein fehlendes soziales Gewissen vor, obwohl wenigstens vier "Opus"-Angehörige im Kabinett sitzen.

Auch das Jungfalangisten-Organe "Diario SP" startete eine Kampagne gegen "Opus Dei", eine der Säulen des spanischen Establishments. Der Tenor der falangistischen Angriffe: wir wollen das Beste für den kleinen Mann, bei "Opus Dei" profitieren nur die Großkapitalisten. "Diario SP" befürchtete sogar die Wiederkehr jener Zustände, die 1936 zum Bürgerkrieg führten.

Die Monarchisten verschiedener Schattierungen, die aus ihrer Abneigung gegenüber der Falange keinen Hehl machen, hielten sich ebenso auffallend zurück wie die außerparlamentarische Opposition. Der eigentliche Schiedsrichter ist und bleibt die Armee, deren höchster Vertreter in der Regierungsspitze, Admiral Luis Carrero-Blanco, vor jedem Versuch warnte, die gegenwärtigen politischen Strukturen des Landes zu ändern. Wer dies wage, müsse mit den Streitkräften rechnen. Verhält sich die breite Bevölkerung angesichts dieser Polemiken passiv, so ist nicht zu leugnen, daß innerhalb des spanischen Establishments die "französische Krankheit" ausgebrochen scheint.

+ + +

Die USA in Mittel- und Lateinamerika

Washington rechnet mit neuen Entwicklungen

B.K. - Präsident Johnson hat bei seinem Besuch in San Salvador und den übrigen Ländern des gemeinsamen Marktes Zentralamerikas zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, die Entwicklung zur wirtschaftlichen Prosperität dieser Länder weiterhin nachdrücklichst zu fördern. In den vergangenen sechs Jahren konnte das Handelsvolumen zwischen den fünf Ländern des gemeinsamen Marktes (San Salvador, Nikaragua, Costa Rica, Honduras und Guatemala) um das siebenfache erhöht werden. Ähnliche Vorhaben für die lateinamerikanischen Staaten sind noch nicht vorangekommen.

In Washington weiß man sehr wohl, warum die USA an ihrer Südflanke besondere Anstrengungen unternehmen müssen. Trotz allem, was die Propaganda gegen Cuba auszurichten versucht, und trotz allen Unterdrückungsmaßnahmen revolutionärer Bewegungen in Lateinamerika, läßt sich nicht verbergen, daß das Beispiel Fidel Castros Schule macht. Längst weiß man in Washington, daß nur der wirtschaftliche Fortschritt in diesen Ländern auf die Dauer das Entstehen großer sozialer Steppenbrände verhindern könnte. Die Anstrengungen der USA in Mittelamerika, die Johnson eben erst besuchte, sind ein Vorläufer für ähnliche Maßnahmen, die sich über ganz Südamerika erstrecken sollen.

Es ist damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten in verstärktem Ausmaß ihre wirtschaftliche Kraft auf den südamerikanischen Kontinent ausstrahlen lassen werden, sobald der kostspielige Vietnamkrieg, so oder so, beendet sein wird. In diesem Zusammenhang wird ein neuer ökonomischer Expansionsplan Nordamerikas nach Südamerika spürbar werden, woraus sich auch für europäische Exporteure, die zur Zeit in den lateinamerikanischen Staaten recht gut in Geschäft sind, bestimmte Konsequenzen ergeben dürften.

In Frankreich hat man dies schon begriffen, was daraus ersichtlich ist, daß große französische Industrieunternehmen in Erwartung der hier angedeuteten Entwicklung ihre ganze Kraft auf neue Exportgebiete in Afrika, Südostasien und Ostasien konzentrieren.

Es kann also sein, daß in absehbarer Zeit das verstärkte Engagement der USA in Mittel- und Lateinamerika auch Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa haben wird.